

**Redebeitrag der KTG auf dem
„Forum Standortauswahlgesetz“ des BMU
am 31.5.-2.6.13 in Berlin**

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mein Name ist Iris Graffunder, ich bin Mitarbeiterin der bundeseigenen Gesellschaft EWN Energiewerke Nord, die für den Rückbau der früheren DDR-Reaktoren in Greifswald und Rheinsberg sowie der kerntechnischen Forschungsanlagen auf dem Gelände des früheren Forschungszentrums Karlsruhe verantwortlich ist. Gleichzeitig bin ich Vorstandsmitglied bei der Kerntechnischen Gesellschaft e.V. (KTG), **in deren Namen ich heute spreche.**

Die KTG ist eine Personengesellschaft, d. h. ein gemeinnütziger Zusammenschluss von mehr als 2500 Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, die sich mit allen Themen rund um die friedliche Nutzung der Kerntechnik beschäftigen, und - das möchte ich hier ausdrücklich betonen - sie ist das **Sprachrohr ihrer Mitglieder** und **nicht** von Institutionen, Kraftwerksbetreibern oder der kerntechnischen Industrie.

Im Zusammenhang mit dem Standortauswahlgesetz sind folgende Argumente parteienübergreifend immer wieder verwendet worden:

Transparenz ! Vertrauen ! Sicherheit !

Genau **diese** Argumente sind es, die auch uns am Herzen liegen, ergänzt um ein weiteres wesentliches Argument, das lautet: **Verantwortung !**

Es liegt in der Verantwortung des **Bundes**, ein Endlager zu errichten!
Das ist unstrittig, so steht es im Gesetz.

Technisch gibt es aus unserer Sicht im Hinblick auf die **Geeignetheit des Standorts Gorleben** nicht die Notwendigkeit, mit der Standortsuche von vorne zu beginnen, weil die bisherigen Erkenntnisse **keinen** Hinweis darauf geben, dass dieser Standort **nicht** geeignet ist.

Technisch spricht die heute vorhandene Fachkompetenz bei Gutachtern, Behörden und Industrie sowie eine funktionierende Infrastruktur dafür, zügig eine über Jahrzehnte erarbeitete Lösung umzusetzen.

Offensichtlich gibt es aber aus **politischer Sicht** genügend Gründe, jetzt einen Neuanfang der Endlagersuche zu starten. Selbstverständlich können die politisch Verantwortlichen dazu neue Wege beschreiten, das ist allein ihre Entscheidung. Wir befürchten nur, dass auf dem jetzt skizzierten Weg wieder **keine, durch die breite Öffentlichkeit getragene Entscheidung für einen Endlagerstandort** zustande kommt – wenn schon jetzt die großen Umweltverbände den Prozess nicht mittragen. Wie wollen Sie als Gesetzgeber sicherstellen, dass auch über Legislaturperioden und Parteiinteressen hinaus Lösungen von der Bevölkerung akzeptiert werden und langfristig Bestand haben?

Im Rahmen der Verbändeanhörung hatten wir bereits Mitte April Stellung zum Standortauswahlgesetz genommen. Die wesentlichen Punkte, an denen das Gesetz noch verbessert werden sollte, sind:

1. Die Zielausrichtung auf den Standort mit der **bestmöglichen** Sicherheit sollte noch einmal kritisch überdacht werden.
2. Die Zusammensetzung der Bund-Länder-Kommission sollte geändert werden, so dass mehr wissenschaftlicher Sachverstand darin vertreten ist. Bei stärkerer fachlicher Ausrichtung und aufbauend auf den Ergebnissen des AK End könnte in den kommenden 2 Jahren eine vernünftige Basis für einen Neuanfang geschaffen werden.

3. Die genannten Zeitspannen bis zur Auswahl von Standorten für die übertägige und dann die untertägige Erkundung sind viel zu knapp bemessen, wenn – und das ist ja der eigentliche Sinn des Standortauswahlgesetzes – bei jedem Schritt eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden soll und die Entscheidungen dann jeweils per Gesetzgebung im Bundestag festgelegt werden sollen.
4. Wir fragen wir uns, wann und wo die gemäß EU-Richtlinie geforderte Trennung von Betrieb und Aufsicht eines Endlagers umgesetzt werden soll.

Ein wesentlicher Bestandteil von **Transparenz** und **Vertrauen** ist, dass man die Öffentlichkeit über die **Konsequenzen** des neuen Auswahlprozesses aufklärt. Hierbei sehen wir in erster Linie die Fragen der Zeitspanne bis zur Inbetriebnahme des Endlagers oder anders gefragt: wie lange bleiben die CASTOR-Behälter noch in den Zwischenlagern? Nur wer alle Fakten kennt, kann sich eine Meinung dazu bilden, ob der neue Weg die Konsequenzen auch wert ist.

Bis zur Inbetriebnahme eines Endlagers kommen die Abfallverursacher aus Energiewirtschaft und Öffentlicher Hand **ihrer** Verantwortung nach, die Abfälle **sicher** in den Zwischenlagern aufzubewahren.

Ja, meine Damen und Herren, das kann man gar nicht oft genug sagen: Die Brennelemente und die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung werden in den Zwischenlagern sicher aufbewahrt! Da mache ich mir gar keine Sorgen und ich weiß, wovon ich spreche. Ich arbeite seit zwei Jahrzehnten mit radioaktivem Abfall, mein Büro liegt direkt neben einem atomaren Zwischenlager und ich habe keine Angst vor dieser Technik, nicht vor dem Abfall und erst recht nicht vor Radioaktivtransporten.

Wir gehen in Deutschland **höchstverantwortlich** mit dieser Materie um!
Technisch sind wir in Deutschland bereits auf einem sehr hohen Level angekommen. In Sachen **Gesprächskultur** stehen wir noch ganz am Anfang.

Meine Damen und Herren, wenn es uns (und da schließe ich uns alle ausdrücklich mit ein) nicht gelingt, die Bevölkerung in Fragen der Sicherheit und des Strahlenschutzes besser aufzuklären, damit sie selber ein Gefühl für die Verhältnismäßigkeit von Gefahren entwickeln kann– ganz ohne ideologische Färbung – dann werden wir es nicht schaffen, ein Standortauswahlverfahren zum Erfolg zu führen. Dann wird es in 20 Jahren an der gleichen öffentlichen Diskussion scheitern wie heute.

Wenn wir fair und ehrlich mit einander umgehen wollen, dann müssen die Argumente von beiden Seiten ernst genommen werden und technisch wissenschaftliche Ergebnisse dürfen nicht in Frage gestellt werden, nur weil das Ergebnis nicht gefällt. Das gilt für beide Seiten und das gilt für alle künftig zu untersuchenden Standorte.

Wir brauchen wieder **Vertrauen** in politische Entscheidungen, wir wollen **Sicherheit** für unsere Planungen und wir wünschen uns **Transparenz** und **Ehrlichkeit** im Umgang mit dem Thema nukleare Entsorgung.

Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten!

Vielen Dank !